



---

---

**NEUDRUCK**

**Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie,  
Mittelstand und Handwerk**

**66. Sitzung (öffentlich)**

4. Mai 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:55 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Stefan Ernst

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**7**

**a) Aufnahme und Beratung eines FDP-Entschließungsantrags zu TOP 8**

**b) Änderungen der Tagesordnung**

Der Ausschuss kommt überein, den nicht zur Plenarberatung anstehenden Tagesordnungspunkt 5 zu schieben sowie Tagesordnungspunkte 11 und 12 abzusetzen, da die diesbezüglichen Fragen der CDU-Fraktion zwischenzeitlich beantwortet wurden.

Weiterhin kommt der Ausschuss überein, Tagesordnungspunkte 7 und 8 zusammen zu beraten.

**1 Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW. 8**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/11229

Änderungsantrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/11318 (Neudruck)

**– Zuziehung von Sachverständigen –**

*(Teilnehmende Sachverständige und Stellungnahmen siehe Anlage.)*

**2 Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes (LPIG) 27**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/9805

Ausschussprotokoll 16/1105

Der Ausschuss lehnt den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion Drucksache 16/9805 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP ab.

**3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes 30**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/9809

Ausschussprotokoll 16/1105

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

*Tischvorlage (siehe Anlage)*

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag (*Tischvorlage, siehe Anlage*) von SPD und GRÜNEN mit Stimmen von SPD

und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN bei Enthaltung der FDP an.

Der Ausschuss nimmt sodann den so geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/9809 mit Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN bei Enthaltung der FDP an.

**4 Industrie 4.0: Mittelstand sensibilisieren – Fachkräfte sichern – Smart Factories an berufsbildenden Schulen einrichten** 32

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/10070

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 16/10070 mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP ab.

**5 Seveso-III mit Augenmaß umsetzen: Umwelt schützen, Stadtentwicklung ermöglichen, Industrie Bestandsschutz und Entwicklungsmöglichkeiten geben** 35

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/10244

Die Beratung des Antrags der CDU-Fraktion Drucksache 16/10244 wurde auf eine spätere Sitzung des Ausschusses verschoben (siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

**6 Leistungsfähige Infrastruktur als Staatsziel in der Landesverfassung verankern** 36

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/10797

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP Drucksache 16/10797 mit den Stimmen von SPD und

GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltungen von  
CDU und PIRATEN ab.

**7 Klima schützen – Wertschöpfung der Stahlindustrie erhalten –  
unnötige und unsinnige Reform des Emissionshandeln verhindern 43**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/11674

In Verbindung mit:

**8 Stahlstandort NRW sichern – strategische Industrie für die Wirtschaft  
von morgen 43**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/11707

Der Ausschuss kommt überein, die Themen dieser  
Tagesordnungspunkte in der Sitzung am 29. Juni 2016 erneut  
zu diskutieren. Sollten die mitberatenden Ausschüsse schon  
vor dem 1. Juni 2016 zu einem Votum kommen, werde die  
nächste Beratung schon in der Sitzung am 1. Juni 2016  
vorgenommen.

**9 Leistungsfähigkeit der deutschen Game Development Branche 45**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/9430 (Neudruck)

Ausschussprotokoll 16/1179

Der Ausschuss lehnt den Antrag der PIRATEN  
Drucksache 16/9430 (Neudruck) mit den Stimmen von SPD  
und GRÜNEN gegen die Stimmen der PIRATEN bei  
Enthaltung von CDU und FDP ab.

Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie,  
Mittelstand und Handwerk  
66. Sitzung (öffentlich)

04.05.2016

Er

**10 Kleine und mittlere Schlachthöfe in NRW stärken – die Vorteile einer dezentralen Struktur erhalten und fördern! 48**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/11230

Der Ausschuss kommt überein, zum Antrag der SPD und der GRÜNEN Drucksache 16/11230 kein Votum abzugeben und diesen zu schieben.

**11 Lage und Perspektiven der Freien Berufe in Nordrhein-Westfalen 50**

Vorlage 16/3902

Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes wurde von der Tagesordnung abgesetzt (siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

**12 Umsetzung Teilplan großflächiger Einzelhandel 51**

Vorlage 16/3911

Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes wurde von der Tagesordnung abgesetzt (siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

**13 Verschiedenes 52**

Eine Aussprache hierzu erfolgt nicht.

\* \* \*



### 3 **Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/9809

Ausschussprotokoll 16/1105

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

*Tischvorlage (siehe Anlage)*

**Dietmar Brockes (FDP)** zeigt sich verwundert über das Schweigen der antragstellenden Fraktionen zu dem kurzfristig vor der Sitzung eingereichten Änderungsantrag. Seine Fraktion werde sich bei der Abstimmung über den Änderungsantrag und über den Gesetzentwurf enthalten.

Beide enthielten zwar begrüßenswerte Änderungen, jedoch könne seine Fraktion gravierende Punkte darin nicht mittragen, etwa den Wegfall der generellen Kupplung von Vorrang- und Eignungsgebieten. Falls man das so mache, müsse man Übergangsregelungen vorsehen.

Der Änderungsantrag enthalte darüber hinaus falsche Punkte. Er sehe unter anderem die Streichung eines bereits geänderten Absatzes vor, dem die SPD bereits zugestimmt habe.

**Rainer Christian Thiel (SPD)** stellt klar, der Halbsatz, der in § 28 zur Streichung anstehe, beziehe sich nicht auf dem von der FDP beantragten Anliegen, sondern auf die Braunkohle.

**Dietmar Brockes (FDP)** wirft ein, diesen Halbsatz meine er nicht.

**Rainer Christian Thiel (SPD)** fährt fort, mit der Formulierung in § 30 werde sichergestellt, dass die §§ 27 bis 29 fortgelten würden. Es gehe um eine UVP-Pflicht für Bergbautreibende und um die Umsetzung der Leitentscheidung. Der Änderungsantrag bringe mehr Klarheit ins Verfahren und entferne Dopplungen und unnötige Hinweise.

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag (Tischvorlage, siehe Anlage) von SPD und GRÜNEN mit Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN bei Enthaltung der FDP an.

---

Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie,  
Mittelstand und Handwerk  
66. Sitzung (öffentlich)

04.05.2016

Er

Der Ausschuss nimmt sodann den so geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/9809 mit Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und PI-RATEN bei Enthaltung der FDP an.

04.2016

## Änderungsantrag

der Fraktion der SPD  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Neufassung des  
Landesplanungsgesetzes (Drucksache 16/9809)

Der Gesetzentwurf wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 12 werden dem § 13 Absatz 1 die Wörter "während der Auslegungsfrist abgegeben werden können." angefügt.
2. In Nummer 27 wird § 28 Absatz 1 Satz 2 aufgehoben.
3. Nach Nummer 28 wird folgende Nummer 29 eingefügt:  
"29. § 30 Satz 2 wird wie folgt gefasst:  
"Für das Verfahren zur Änderung des Braunkohlenplans gelten die §§ 27 bis 29 entsprechend; dies gilt auch in Fällen, in denen die Änderung des Braunkohlenplans nicht auf Anregung des Bergbautreibenden durchgeführt wird.""
4. Die bisherigen Nummern 29 bis 33 werden die Nummern 30 bis 34.

### Begründung

Die Braunkohlenplanung ist gegenüber anderen Planverfahren von Besonderheiten geprägt. Daher soll in § 30 klar- und sichergestellt werden, dass mit den §§ 27 ff. die gesamten Verfahrensregelungen – auch bei einer Änderung des Braunkohlenplans – zur Anwendung kommen.

Datum des Originals: /Ausgegeben:

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen.

*Hilke Wenden*

§ 30 Satz 2 LPIG NRW ist mit seiner Bezugnahme auf das Verfahren, das für die Aufstellung des Braunkohlenplans dient, unscharf. Namentlich bleibt vom Wortlaut her offen, ob damit nur der § 28 oder auch der § 27 LPIG NRW in Bezug genommen wird. Dies wird nun durch den Verweis auf die §§ 27 - 29 LPIG NRW sichergestellt.

Insofern ist der Verweis auf § 19 Abs. 2 im ursprünglichen Gesetzentwurf entbehrlich. Die Vorlagepflicht der Unterlagen ergibt sich umfassend aus der Änderung von § 30. Die Streichung des Verweises dient der Rechtsklarheit und Rechtssicherheit.

Norbert Römer  
Marc Herter  
Frank Sundermann  
Michael Hübner  
Rainer Thiel

und Fraktion

Mehrdad Mostofizadeh  
Sigrid Beer  
Stefan Engstfeld  
Norwich Rüße  
Herbert Goldmann

und Fraktion